



"Die Floristik muss raus aus dem Niedriglohnsektor"



Harald Schaum, Stellvertretender Bundesvorsitzender IG BAU, Foto: IG BAU Alexander Paul Englert

*IG BAU weist Tarifangebot der Arbeitgeber*innen weit von sich. Gleichbehandlung von Ost und West gefordert.*

"12,78 Euro und damit 78 Cent mehr als der von 1. Oktober an gültige gesetzliche Mindestlohn, das ist entschieden zu wenig. Und hier sprechen wir nicht von einem Branchenmindestlohn, sondern von den Vorstellungen des Fachverbandes Deutscher Floristen (FDF) für eine Entlohnung nach abgeschlossener Berufsausbildung. Auf dieser Ebene brauchen wir uns gar nicht weiter unterhalten." Das sagt Harald Schaum, Bundesvorstandsmitglied der Industriegewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt (IG BAU) und zuständig für die Floristikbranche. Diese 12,78 Euro, bislang werden in dieser Lohngruppe 11,83 Euro bezahlt, hat der FDF in der jüngsten Tarifverhandlung für den "Westen" angeboten. Vom 1. Juli 2023 an soll der Lohn dann auf 13,03 Euro steigen. Die IG BAU fordert hingegen eine sofortige Erhöhung auf 13,50 Euro, ein Jahr später eine Steigerung auf 14 Euro. "Was kaum jemand weiß, der oder die mal wieder einen schönen Blumenstrauß kauft, die Floristinnen und Floristen werden absolut unterbezahlt, das ist ein Niedriglohnsektor. Das sieht man schon daran, dass wir den Facharbeiter*innenlohn mit dem Mindestlohn vergleichen, eigentlich ein Unding. Deshalb brauchen wir jetzt mal einen ordentlichen Schritt nach oben", erklärt Schaum.

Für den Osten der Republik stellen sich die Arbeitgeber*innen einen Stundenlohn für eine ausgebildete Floristin oder einen Floristen von 12,10 Euro vor. "Also das ist ja schon fast skandalös, 10 Cent über der künftigen staatlichen Lohnunterkante. Da fehlen einem die Worte", so Schaum. Die IG BAU setzt sich hier für eine Gleichbehandlung ein: gleicher Lohn im Osten wie im Westen. Der Gewerkschafter weist aber noch auf etwas Anderes hin: "Weil diese Dumpinglöhne in der Floristik bezahlt werden, werben andere Branchen permanent Arbeitskräfte ab. Wenn keine Frauen und Männer mehr da sind, die einen Strauß arrangieren, wird auch keiner verkauft. Das ist kontraproduktiv und sicherlich nicht im Interesse der Floristikunternehmer*innen."

Am Montag, 11. Juli, werden die Verhandlungen in Gelsenkirchen weitergeführt. In der Floristikbranche arbeiten rund 30 000 Menschen.